

Ein Pilotprojekt in Halle bringt Senioren Telemedizin und **Komfort**. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn war bei seinem Besuch bei Robert Neumann in Sachsen-Anhalt begeistert.

Den vollständigen Artikel „Ministerbesuch treibt den Blutdruck in die Höhe“ lesen Sie in der **App der Ärzte Zeitung** vom 10. Dezember auf Seite 5 oder auf [www.aerztezeitung.de](http://www.aerztezeitung.de).



## UNIONSFRAKTION

### Bewegung bei Verbot von Tabakwerbung

**Berlin.** In der Koalition deutet sich nach langem Ringen eine gemeinsame Linie bei weiteren Werbebeschränkungen fürs Rauchen an. Die SPD begrüßte die Bewegung bei der Union, zu einem gestaffelten Verbot der Plakatwerbung ab 2022 zu kommen. SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch sagte: „Ich bin froh, dass nach jahrelanger Blockade bei der Union jetzt offenbar klare Bereitschaft besteht, endlich einem umfassenden Verbot der Tabakaußenwerbung zuzustimmen.“ Die zuständige Ministerin Julia Klöckner und ihr Gesundheitskollege Jens Spahn (beide CDU) sprachen sich dafür aus.

Die Unionsfraktion im Bundestag wollte am Dienstagmittag über ein Positionspapier abstimmen. Geplant ist demnach für klassische Tabakprodukte ein Verbot der Plakatwerbung ab 1. Januar 2022. Für Tabakerhitzer soll ein weitgehendes Außenverbot ab 1. Januar 2023 greifen, für E-Zigaretten ab 1. Januar 2024. Schon ab 1. Januar 2021 tabu sein soll unter anderem Kinowerbung bei allen Filmen, die für Jugendliche unter 18 Jahren freigegeben sind.

Spahn sagte am Dienstag: „Jedes Jahr sterben bei uns über 120 000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Deswegen sollten wir vor Tabak warnen und nicht dafür werben.“ (dpa)

## ZUSAMMENSCHLUSS

### BKK VBU fusioniert mit Brandenburger

**Berlin.** Die Betriebskrankenkasse Verkehrsbau Union (BKK VBU) plant den nächsten Zusammenschluss: Zum 1. Januar 2020 fusioniert die Kasse mit Sitz in Berlin mit der Brandenburgischen BKK. Einen entsprechenden Beschluss hätten die Verwaltungsräte am 6. Dezember gefasst, heißt es in einer Mitteilung vom Dienstag. Damit werde die „neue“ BKK VBU nächstes Jahr bundesweit mehr als 550 000 Versicherte haben. Bereits im September wurde die Fusion mit der Thüringer Betriebskrankenkasse (TBK) beschlossen. Sämtliche Standorte der Brandenburgischen wie auch die Thüringer BKK würden weitergeführt, womit das bundesweite Netz der BKK VBU auf 45 Geschäftsstellen anwachsen.

Gleichzeitig verkündete die Kasse, ihr Zusatzbeitragssatz werde zum 1. Januar weiter bei 1,3 Prozent liegen. Davon profitieren vor allem die Neumitglieder der Brandenburgischen BKK: Deren Zusatzbeitrag liegt aktuell bei 2,5 Prozent (TBK 0,9 Prozent). (bar)

## Weitere Finanzierung für „Gesundheitskiosk“ gesichert

Vertragspartner unterzeichnen neue Vereinbarung für Versorgung in Hamburger Stadtteilen Billstedt/Horn.

Von Dirk Schnack

**Hamburg.** Der Gesundheitskiosk und sein Trägerverbund „Gesundheit für Billstedt/Horn“ in Hamburg werden auch nach Ablauf der Förderung durch den Innovationsfonds weiter finanziert. Die AOK Rheinland/Hamburg sowie TK, Barmer und DAK sorgen mit ihrer Finanzierung dafür, dass die bundesweit beachtete Arbeit in den sozial schwachen Stadtteilen institutionalisiert wird.

Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten Vertreter der vier Krankenkassen jüngst im Beisein von Hamburgs Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD). Die Senatorin sprach von einem „bundesweit einmaligen Leuchtturm-Projekt“, weil in Billstedt/Horn Haus- und Fachärzte, Kliniken, Krankenkassen und Einrichtungen der Prävention und der sozialen Versorgung sektorenübergreifend kooperieren. „Hier drehen sich die Strukturen um die Patienten und nicht andersherum“, sagte Prüfer-Storcks. Die hohe Inanspruchnahme des Projektes zeigt für sie, dass die Menschen in Billstedt/Horn mit den geschaffenen Angeboten erreicht und bei Arztbesuch, in der Prävention und Aufklärung unterstützt wurden.

Der 2017 eröffnete Gesundheitskiosk hat inzwischen mehr als 6200 Beratungen durchgeführt. Die Leistungspartner – unter anderem die niedergelassenen Haus- und Fachärzte des Viertels, Pflegedienste, Therapeuten und andere Gesundheitsberufe – haben 1584 Patienten in den Gesundheitskiosk überwiesen. Dort werden die Menschen von akademisier-



Der Gesundheitskiosk in Hamburg (hier die Eröffnungsfeier im September 2017) berät Bürger aus den Stadtteilen Billstedt und Horn kostenlos zu allen Fragen der Gesundheit. © DANIEL REINHARDT/DPA

„

Das ist ein bundesweit einmaliges Leuchtturm-Projekt.

Cornelia Prüfer-Storcks (SPD)  
Gesundheitsministerin Hamburg

ten Pflegekräften (Community Health Nurses) beraten – in insgesamt sechs Sprachen, um den zahlreichen Menschen mit Migrationshintergrund in Billstedt/Horn entgegenzukommen. Die Beraterinnen kommen zum Teil selbst aus dem Viertel, einige mit Migrationshintergrund.

Damit dient der Kiosk als zentrale und vernetzte Anlaufstelle im Viertel, die vermittelt, berät und schult, aber nicht selbst Behandlungen anbietet. Das Projekt wird vom Innovationsfonds mit insgesamt 6,3 Millionen Euro gefördert. Neben der Frage, ob und wie die Menschen von der Arbeit des Kiosks profitieren, werden auch Leis-

tungsausgaben, Arzneimittelverordnungen und Klinikaufenthalte untersucht und mit der Regelversorgung verglichen. Die Ergebnisse der vom Hamburg Center for Health Economics der Universität Hamburg durchgeführten Evaluation werden zwar erst Ende kommenden Jahres vorgelegt. Die Beteiligten vor Ort spüren aber bereits, dass die sektorenübergreifende Kooperation durch den Gesundheitskiosk verankert werden konnte. So nennt etwa Dr. Gerd Fass, Vorsitzender des Ärztenetzes Billstedt/Horn, die aufgebauten kurzen Kommunikationswege zwischen den beteiligten Behandlern als Vorteil. Dies garantiere eine effektive Betreuung der Patienten. „Und wir können damit sowohl die oft überfüllten Arztpraxen entlasten als auch die Gesundheitskompetenz der Patienten stärken“, sagte Fass.

Matthias Mohrmann, Vorstand der AOK Rheinland/Hamburg, stellt dagegen die bessere Erreichbarkeit von Gesundheitsangeboten und die damit verbundenen gleichen Gesundheitschancen für alle Menschen in den Vordergrund. „Für Billstedt/Horn ist das von besonderer Bedeutung, denn hier kommen im Vergleich zu anderen Hamburger Stadtteilen doppelt so viele Einwohner auf einen Arzt. Zudem sind chronische Erkrankungen wesentlich stärker verbreitet und treten oft in einem deutlich früheren Lebensalter auf“, sagte Mohrmann. Alexander Fischer, Geschäftsführer des Trägers Gesundheit für Billstedt/Horn, sieht mit der Unterstützung der Krankenkassen die begonnene Arbeit in Versorgungsketten verstetigt.

Gesellschafter der Trägerorganisation sind zu 60 Prozent das Ärztenetz Billstedt/Horn, zu 30 Prozent der Gesundheitskiosk (beides eingetragene Vereine) sowie zu jeweils fünf Prozent die Stadtteil Klinik Hamburg GmbH und der NAV-Virchow-Bund.

## Vertragsärzte warnen vor Kostenlawine

Mit der TI ist die Digitalisierung für die Praxen nicht zu Ende. 2020 werden weitere Investitionen fällig.

Von Anno Fricke

**Berlin.** Strenge Sicherheitsanforderungen des Gesetzgebers zwingen die Praxisinhaber zu Investitionen. Dafür hat die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) in ihrer jüngsten Sitzung einen Ausgleich gefordert.

Mit dem „Digitale Versorgung Gesetz“ (DVG) hat der Gesetzgeber die KBV aufgefordert, gemeinsam mit

dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bis Mitte 2020 eine für die Praxen verbindliche IT-Sicherheitsrichtlinie zu schaffen. „Es ist zu erwarten, dass deshalb im nächsten Jahr eine Kostenlawine auf die Praxen zurollen wird“, heißt es im Beschlusstext, der bei einer Enthaltung angenommen worden ist.

Diese Ausgaben sollen durch einen Investitionszuschlag ausgeglichen werden. Das könne analog zum Verfahren der Finanzierung der Telematik Infrastruktur geschehen. Alternativ schlägt die KBV-VV Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband darüber vor.

Die Vertragsärzteschaft sorgt sich um die Sicherheit auch von elektro-

nisch verschickten Daten, zum Beispiel der eAU an die Arbeitgeber. „Elektronische Direktverbindungen ohne Zwischenschalten einer vertrauenswürdigen Datenaustauschebene stellen datenschutztechnisch und strategisch ein Risiko dar“, heißt es im Beschlusstext.

Die KBV-VV hat den Vorstand daher aufgefordert, sich für eine von den Ärzten kontrollierte elektronische lokale Datendistributionsstelle einzusetzen.

Die mit dem DVG eingeführte „App auf Rezept“ hat auch die KBV-VV beschäftigt. Sie hat den Vorstand damit beauftragt, den Einsatz elektronischer Medien auf den für Vertragsärzte und -psychotherapeuten entste-

henden Zeitaufwand hin abzuklopfen. Der Vorstand solle sich zudem dafür einsetzen, dass auch für Apps, deren Kosten die Kassen übernehmen, die selben Anforderungen gelten sollen wie für Medikamente, also ein Nachweis von medizinischem Nutzen, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie einer Verordnung durch den Arzt oder Psychotherapeuten.

Die KBV-VV hat den Gesetzgeber und das Gesundheitsministerium aufgefordert, das Speichern von Patientendaten höchsten Sicherheitsanforderungen zu unterwerfen. Gesundheits-Apps dürften keinerlei Nutzerdaten über hinter der originären Anwendung liegende Infrastrukturen weitergeben.